

Parteimitglieder, zu sprechen. Dabei wäre es durchaus notwendig, daß alle Genossen Pharmazeuten z. B. eine handfeste, politisch und fachlich fundierte Argumentation zu Fragen der Arzneimittelversorgung, der Versorgung mit Importarzneimitteln usw. haben. Auch über Probleme der Gesundheitsaufklärung, der Zusammenarbeit mit Ärzten u. ä. müßten sich die Genossen informieren können. Aber in all diesen Fragen sind sich die Genossen im wesentlichen allein überlassen.

Gegenwärtig sieht meine Teilnahme am Parteileben wie folgt aus: Da es in der Apotheke keine weiteren Genossen gibt, bin ich verpflichtet, an der Arbeit der WPO teilzunehmen. Die Mitgliederversammlungen der WPO finden aber in der Regel nachmittags statt, so daß ich nicht teilnehmen kann. Mit dem Parteilehrjahr ist es ebenso. Deshalb beteilige ich mich am Zirkel der Parteiorganisation in der „Puschkin-Oberschule“. Zusammen mit dem Chemielehrer leite ich an dieser Schule auch eine Schüler-Arbeitsgemeinschaft für Agrochemie. Außerdem unterstütze ich im Ort die Arbeit der FDJ. Das ist mein Parteauftrag als junger Kandidat. Ich bemühe mich wirklich um eine enge Verbindung zur Partei. Aber unter den jetzigen Bedingungen ist es mir nicht

möglich, im Rahmen der Partearbeit über meine berufliche Tätigkeit zu sprechen.

Ich weiß nicht, ob die Kreisleitung Strausberg regelmäßig die Genossen Ärzte zusammenfaßt, ob es überhaupt eine Partearbeit mit der medizinischen Intelligenz gibt. An solcher Arbeit würde ich gern teilnehmen, aber in Neuenhagen ist davon nichts zu spüren. Vielleicht wäre es auch gut, wenn ich an der Arbeit der Parteiorganisation des Krankenhauses oder der Poliklinik teilnehmen könnte, aber das ist laut Statut nicht möglich.

Der von mir geschilderte Zustand ist nach meinem Ermessen auch die Ursache für die Inaktivität und zum Teil für die Resignation eines Teils der Genossen Apotheker. Es wäre schon viel geholfen, wenn alle Kreisleitungen der Partei verpflichtet wären, periodisch Aktivtagungen mit solchen Genossen durchzuführen, die in Einrichtungen usw. arbeiten, in denen es nur vereinzelt Genossen gibt. So auch mit allen Genossen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens. Zu einer Aktivtagung müssen ja nicht immer Hunderte von Genossen Zusammenkommen. Vielleicht könnte man solche Tagungen auch auf Ortsebene durchführen.

Peter Richter
Neuenhagen bei Berlin

Lesen der Parteipresse zur Pflicht machen

In Anerkennung der Feststellung des Genossen Lenin, daß eine Zeitung nicht nur der Agitation und Propaganda dient, sondern auch die Organisierung von Menschengruppen bewirkt, war mir die Beschäftigung mit der Presse der Arbeiterklasse schon seit meiner Jugend ein Herzensbedürfnis. Bereits nach meinem Eintritt in die „Freie Sozialistische Jugend“ im August 1919 nahm ich an der Verbreitung der illegalen „Junge Garde“ teil. Nach meinem Eintritt in die KPD im Januar 1922 schrieb ich Berichte über Versammlungen und Demonstrationen für die „Rote Fahne“. Später wurde ich Mitglied des von dem bekannten Schriftsteller, Genossen Karl Grünberg, geleiteten Arbeiterkorrespondenzzirkels der „Roten Fahne“.

Damals war die Verbreitung unserer Tagespresse eine unserer Hauptaufgaben. Oft mußten wir zuzeiten ihres Verbots die illegal herausgebrachten Exemplare vor dem Zugriff der Polizei schützen. Manch einer von uns, dessen Berichte in der „Roten Fahne“ veröffentlicht waren, wurde vom Unternehmer aus dem Betrieb geworfen oder geriet in die Fänge der bürgerlichen Klassenjustiz.

Im Statut der KPD stand damals, jedes Mitglied ist verpflichtet, die Tagespresse der Partei zu lesen. Das vermisste ich heute im vorliegenden Entwurf des Statuts der SED. Wenn auch das Lesen des „Neuen Deutschland“ als etwas Selbstverständliches vorausgesetzt wird, ich habe des öfteren bemerkt, daß das nicht immer der Fall ist. Es gibt Mitglie-